

# Dresdner Volkszeitung

Vollredaktion: Dresden  
Ruben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstelle: Gek. Straßb., Dresden  
und Köpcke-Verlag

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Preis: einschließlich Fracht mit den wöchentlichen Beilagen  
„Nach der Arbeit“ und „Wort und Bild“ für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Verlagsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., die 10 mm breite Nonpareilzeile 1,50 M., für auswärtsige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Vergebungs-  
anzeigen 40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegungen 10 Pf.

Nr. 200

Dresden, Sonnabend den 28. August 1926

37. Jahrg.

## Drei neue Entwaffnungsnoten

P. Paris, 27. August. (Eig. Draht.)

Die Vorkonferenz hat der deutschen Regierung drei Noten übermitteln, die sich mit der Entwaffnung Deutschlands befassen. In der ersten Note wird die Tätigkeit der militärischen Verbände in Deutschland behandelt. Es handelt sich u. a. um den Schicksal der rechtsradikalen Verbände. Eine zweite Note befaßt sich mit der ungesicherten Einstellung von Mannschaften in die Reichswehr, während in der dritten Note darauf verwiesen wird, daß den Entwaffnungsmaßnahmen „absichtlich Schwierigkeiten“ gemacht werden.

An zuständiger Stelle wird bestätigt, daß diese Noten nach der deutsche Botschaft in Paris inzwischen nach Berlin übermittelt wurden. Ihr Ton ist völlig korrekt und nicht, wie von anderer Seite behauptet worden ist, ultimativ. Eine Veröffentlichung der Noten soll nicht erfolgen. Es wird angenommen, daß über ihren Inhalt in Genf ebenfalls gesprochen wird.

D. Berlin, 28. August. (Eig. Funkdruck.)

In der täglichen Rundschau, dem Organ des Herrn Stresemann, wird heute mitgeteilt, daß die erste der in Berlin vorliegenden drei Entwaffnungsnoten inhaltlich infolgedessen erledigt sei, als die deutsche Regierung in bezug auf das Auftreten verschiedener rechtsradikaler Verbände bereits die erforderlichen Maßnahmen ergriffen habe. („Um, wie es sehr gebührend heißt, der Kontrollkommission die Möglichkeiten zu neuen Maßnahmen und Maßnahmen zu nehmen.“) Auch dem Inhalt der zweiten Note, die sich auf die 100.000-Mann-Stärke der Reichswehr beziehe, sei entsprochen. In welcher Art, erörtert man von dem Blatt nicht. Es erklärt einfach:

„Es weiß bei uns jeder, daß ein höherer Reichswehrstand nicht möglich ist.“  
Schließlich heißt es von der dritten Note, daß sie nur ganz allgemein gehalten sei und den Wunsch ausdrücke, die noch ausstehenden Forderungen in bezug auf die Abrüstung Deutschlands so bald wie möglich zu erfüllen.  
Die tägliche Rundschau bemerkt insoweit dazu: Wesentliche Differenzen sind jedenfalls nicht mehr vorhanden, und was davon vorhanden ist, wird bis zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erledigt sein, so daß die Interalliierte Militärkonferenz in Kommission, die genau Unheil angerichtet und böses Blut verursacht hat, endlich gänzlich verschwinden muß.“

## Bürger und Arbeiter

(Von unserem Mitarbeiter in der Tschechoslowakei)

Prag, 26. August.

J. H. Als sich, nach dem Zerfall der allnationalen tschechischen Koalition, tschechische und deutsche bürgerliche Parteien zur gemeinsamen Durchsetzung ihrer Klassenforderungen zusammenfanden, als sie gemeinsam den Konsumenten durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise, durch die Erhöhung der Spiritussteuer und der Zundersteuer und durch die Erhöhung der Kongrua (der staatlichen Bezüge der Geistlichen) einen neuen Tribut auferlegten, da standen tschechische und deutsche proletarische Parteien in einer Kampflinie gegen den gemeinsamen Feind, die Ausbeuter aller Nationen. Zum ersten Male seit der Gründung der tschechoslowakischen Republik!

Aber der Kampf wurde damals noch nicht nach einheitlichen Grundrissen und nicht nach gemeinsamem Plan geführt. Während die „tschechischen Sozialisten“, eine stark nationalisierende, kleinbürgerlich-proletarische Mischpartei, vor allem den Vorwurf des Verrats an der tschechischen Staats- über gegen die tschechischen Bürgerparteien erhoben, den diese durch das Zusammengehen mit dem andernationalen Bürgergertum begangen haben sollen, und auch die tschechischen Sozialdemokraten, die ja eben erst die Koalition verlassen hatten, eine solche Argumentation nicht ganz verstanden, haben die deutschen Sozialdemokraten, die diese politische Entwicklung als selbstverständliche Folge der wirtschaftlichen Entwicklung ansahen, den Kampf gegen die Sozial- und Steuerpolitik der neuen Mehrheit geführt als Kampf gegen die Klassenpolitik der Bourgeoisie.

Die Methoden, die von der neuen Mehrheit zur Niederrückung der Opposition angewendet wurden, führten zu einer solchen Vertiefung der Kluft zwischen den ehemaligen Koalitionsgenossen, daß an eine Erneuerung des alten Bündnisverhältnisses nach der Zollkampagne, die manchen der in die Opposition Gedrängten zunächst noch möglich und wünschenswert scheinen mochte, nicht mehr zu denken war. Die Sommerferien des Parlaments wurden zu Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Gruppen ausgenutzt, und die Erneuerung der deutsch-tschechischen Mehrheit ist schon so gut wie gewiß. — Auch der Kampf um Gajda, bei dem fast das gesamte tschechische Bürgergertum auf der Seite des Abenteuer-Generals stand, hat wesentlich zur Verschärfung der Gegensätze zwischen den proletarischen Parteien und dem tschechischen Bürgergertum beigetragen, hat doch diese Parteilinie für Gajda sehr deutlich die sozialistischen Neigungen des tschechischen Bürgergertums offenbart!

Die tschechische Sozialdemokratie hat nun zu diesen Ereignissen und zur politischen Lage auf einer Tagung ihres Vollzugsausschusses Stellung genommen und Beschlüsse gefaßt, die eine Wendung in der proletarischen Politik im tschechischen Staate bedeuten. Die entscheidenden Stellen dieses Beschlusses lauten:

„Die tschechische Sozialdemokratie wird sich, mit Rücksicht auf die geänderten Rechtsverhältnisse und nach den Erfahrungen der Frühjahrestagung, an keiner Regierungsmehrheit beteiligen. Die parlamentarische Fraktion beauftragen wir, sie möge mit der Fraktion der tschechoslowakischen Sozialistischen Partei auf Grund eines vereinbarten Arbeitsprogramms freundschaftliche Beziehungen pflegen, und sie möge von neuem sich um die Zusammenarbeit mit der Fraktion der deutschen Sozialdemokratie bemühen.“

Durch diesen Beschluß, der mit wünschenswerter Deutlichkeit die Möglichkeit einer Erneuerung der allnationalen Koalition verneint und den Wunsch nach einer Zusammenarbeit mit den deutschen Genossen ausdrückt, wird eine Schranke niedergelassen, die bisher zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakei stand. Wenn die Erklärung der tschechischen Sozialdemokraten von einem „neuerlichen“ Versuch zur Ermöglichung der Zusammenarbeit zwischen deutschen und tschechischen Sozialdemokraten spricht, so will sie wohl den Schritt, der mit diesem Beschlusse getan wird, als weniger überraschend, als weniger neu erdachten lassen. Tatsächlich ist ein solcher Annäherungsversuch ernsthaft nie gemacht worden. Die deutschen Sozialdemokraten haben niemals die Zusammenarbeit mit den tschechischen Genossen abgelehnt, aber so lange die tschechischen Sozialdemokraten Angehörige der Regierungsmehrheit waren, und die deutschen Sozialdemokraten in der Opposition standen, war eine Zusammenarbeit nicht möglich, war sie gar nicht denkbar. Die tschechischen Genossen haben das auch genau und verstanden.

Der Beschluß der tschechischen Genossen wird mit aufrichtiger Freude begrüßt und als bedeutsame Wendung in der sozialistischen Politik bezeichnet. Die leitenden Instanzen der deutschen Sozialdemokratie werden Anfang September zusammentreten, um zu den Beschlüssen des Vollzugsausschusses der tschechischen Partei Stellung zu nehmen, und es ist gewiß, daß ihr Beschlüsse der Stimmung entsprechen werden. Nichts hat die deutsche Arbeiter in der Tschechoslowakei, die ausgewandert sind in

## Französisch-türkischer Zwischenfall

Notenwechsel mit Angora

P. Paris, 27. August. (Eig. Draht.)

Im französischen Kabinettsrat kam am Montag ein erster Zwischenfall zur Sprache, der nämlich zwischen der französischen und der türkischen Regierung ausgebrochen ist. Ein Offizier des französischen Dampfers „Lotus“, der sich längt in Konstantinopel an Land begeben hatte, wurde dort, entgegen allen Vorkäufen, wie hier erklärt wird, von den Türken festgenommen und befindet sich seitdem in Haft. Die Kommandant des Dampfers, der in der Zwischenzeit nach Marseille zurückkehrte, hat sich mit dem Offizier solidarisch erklärt und weigerte sich, am Freitag mit dem Dampfer nochmals anzulanden, aus Protest gegen die unannehmliche Untätigkeit der französischen Regierung. Stellen in dieser Sache. Die bereits eingeschifften 600 Reisenden wurden deshalb auf andre Dampfer verteilt. Friend hat am Freitag im Kabinettsrat mitgeteilt, daß er bereits Schritte bei der türkischen Regierung unternommen habe und den gegenwärtig von Paris abwesenden türkischen Gesandten hat anfordern lassen, sofort zurückzukehren, um mit ihm über den Fall zu verhandeln.

Die türkische Darstellung der Angelegenheit geht dahin, daß der Dampfer „Lotus“ ein türkisches Schiff angefahren, verdeckt und den Tod mehrerer türkischer Staatsangehöriger verursacht habe. Demgegenüber behauptet man in Paris, der Unfall habe sich außerhalb der türkischen Gewässer ereignet. Die türkische Regierung habe also nicht das Recht, gegen einen

beliebigen Offizier des Dampfers völkerrrechts-  
widrige Repressalien zu ergreifen.

D. Berlin, 28. August. (Eig. Funkdruck.)

Nach einem Pariser Telegramm des Berliner Tageblattes zieht die Märsche immer weitere Kreise. Trotz mehrerer Gesandtschaften, welche die französische Regierung durch noch nicht freigelassen worden. Der Verhandlung bei der Regierung protestiert und droht, daß, falls die Angelegenheit nicht bald beigelegt werde, die französischen Schiffe keine türkischen Häfen mehr anlaufen würden. Die Gattin des früheren französischen Botschafters in der Türkei, Sarrault, ist gestern auf der Rückreise von Konstantinopel in Marseille eingetroffen und hat erklärt, sie habe den Offizier im Gefängnis besucht und festgestellt, daß er in einer Einzelzelle verhältnismäßig gut untergebracht sei. Er genieße eine besondere Behandlung, könne Bücher und Zeitungen lesen und Besuche empfangen. Der Offizier sei durchaus nicht deprimiert und hoffe auf seine baldige Freilassung.

Auch im heutigen Kabinettsrat beschäftigt man sich mit der Affäre des Dampfers „Lotus“. Der Minister für Seehäfen, Lardieu, teilte seinen Kollegen den Reize dringender Demarchen bei der türkischen Regierung unternommen habe. Der Minister für öffentliche Arbeiten hat angesichts der Weigerung türkischer Seeleute, sich auf die Reise nach der Türkei zu begeben, die notwendigen Maßnahmen getroffen, damit der Seeverkehr mit der Levante nicht unterbrochen wird.

## Kabinetts des sozialen Ausgleichs in Griechenland

H. Athen, 28. August. (Eig. Funkdruck.)

Die griechische Regierung hat die Neuwahlen für das Parlament auf den 24. Oktober festgesetzt. Die Wahlen sollen völlig frei und unparteiisch vor sich gehen.

Nach vollständiger Kabinettsbildung hat Ministerpräsident Kondis dem Präsidenten der Republik, Admiral Konstantin, den Treueid geschworen. Von bekannten Persönlichkeiten gehören der Regierung an: Argiropoulos als Außenminister, Petmezas als Innenminister, Drosos als Finanzminister, Pabos als Minister für Unterricht und Hochschulwesen, Pabos als Minister für Landwirtschaft und Handel, und Triandafyloupias als Minister der Justiz.

Kondis ist als ein scharfer Gegner der Monarchie und Anhänger des Königs Konstantin bekannt. Im vorigen Kabinettsrat, das die Republik ansetzt, war er Kriegsminister. Später, im Kabinettsrat Michalopoulos, das von Pangalos gestürzt wurde, fungierte Kondis als Minister für auswärtige Angelegenheiten. Kondis hat sich in der griechischen Innenpolitik eine große Rolle erworben, das er in Athen der Staatssache eine große Rolle spielt und als ein eifriger Anhänger der Republik gegen die Monarchisten dauernd gekämpft hat. Kondis hat er auch bei seiner Regierungsbildung ver-

Nachdem die Revolution gegen Pangalos beendet ist,

## Die bulgarische Antwortnote überreicht

G. Sofia, 28. August. (Eig. Funkdruck.)

Am Freitag nachmittag ist Südslawien, Rumänien und Griechenland die Antwort der bulgarischen Regierung auf die Kollektivnote der Balkanstaaten überreicht worden. Der Inhalt ist offiziell noch nicht bekanntgegeben. Es verlautet aber in unrichtigen Kreisen, daß die in freundlichem Ton gehaltene Note ausführlich auf alle Forderungen der Nachbarstaaten eingeht, strenge Maßnahmen zur Abwehr und für die Zukunft die Verhinderung von Grenzschreitungen durch Banden und Einzelpersonen in Aussicht stellt. In übrigen sei Bulgarien gern bereit, falls die Vorfälle vor dem Völkerbund zur Sprache kommen, Rechenschaft zu geben. Der Kriegsminister hat sofort nach der Übermittlung der Note, gemeinschaftlich demontrois, scharfe Anweisungen an die Grenztruppen zu erhöhter Überwachung der Grenzen gegeben.